

# Die Bauergewerkschaft

## Zeitung des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich 3,- RM. (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. Redaktionschluss: Montag, morgens 9 Uhr  
Nr. 52 · 31. Jahrgang      Geschäftsstelle und Schriftleitung: Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2/3      Berlin, 27. Dezember 1930

### Christliche Arbeiterschaft und Radikalismus

Durch das deutsche Volk geht ein Verlangen nach Einheit und Würde deutschen Volkstums. Am stärksten wohl fühlt die Jugend dieses Verlangen. Auch, und vor allem die Arbeiterjugend. Viele von ihnen, die in ehrlichem Idealismus sich an die Idee eines aufrechten, freien, deutschen Volkstums klammern, sind enttäuscht vom verspieltesten Sozialismus, abgestoßen von den internationalen Phrasen des Kommunismus. Sie sind auch enttäuscht von der Demokratie von heute. Sie brauchen starke Ideen und starke Worte. Sie gingen zu einem großen Teil zum Nationalsozialismus. Das Ziel des Kommunismus geht noch immer auf die Weltrevolution, auf die Diktatur des Proletariats. Wie das Paradies aussieht, das er zu schaffen in der Lage ist, zeigt Rußland. Ganze Volksschichten sind dort vernichtet, und die Arbeiter- und Bauernschaft ist nicht glücklicher, nicht sorgloser als in der kapitalistischen Zeit.

Kann man die Lehren des Kommunismus nicht ernst nehmen, so muß man die ungeheure zerstörende Kraft ernst nehmen, die hinter dem Kommunismus steht. Die Menschen, die die Hoffnung auf Gerechtigkeit aufgegeben haben, haben nichts zu verlieren, sie kämpfen mit dem Todesmut der Verzweiflung. Darin liegt die Gefahr des Kommunismus. Man hat sich mit ihm feilsch ausseinandersetzen, feilsch mehr als verstandesgemäß. Es bedeutet ein verstärktes Handeln und Kämpfen für die soziale Gerechtigkeit in der Ordnung des Volkes. Heute, in der Zeit der Krise, mehr denn je.

Um so gefährlicher ist die zerstörende Geistesrichtung eines verstärkten Kommunismus, als auf der anderen Seite des Volkes eine gleich radikale Geistesgruppe steht, der Nationalsozialismus. Auch er will keinen Umbau des Staats- und Volkslebens, er will radikalen Umsturz. Wie schon gesagt, ist eine große Zahl gläubiger Jugendkraft dem Nationalsozialismus zugeströmt, weil er die Gruppe der starken nationalen Worte ist. Dazu kommt der Zustrom aller der bürgerlichen Unzufriedenen, denen irgendwie die Nachkriegszeit etwas vom Leben und Besitz zerstört hat. Auch solche Unzufriedenen, denen der Mißbrauch der Demokratie in Parlament und Gemeinwesen die Seele verlegt hat. Und hinzu kommen noch die, deren überschüssige Kraft in dem soldatischen Zug der nationalsozialistischen Sturmtruppen oder auch, wenn man will, in der steten Kaufbereitschaft eine willkommene Ableitung findet. Für die Gesamtheit dieser Anhänger, die aus den verschiedensten Motiven mitgehen, sucht ihr Führer nach einer Weltanschauung, die stark genug ist, die widerstreitendsten Elemente zusammenzuhalten. Hitler glaubt, sie in der böstlichen Weltanschauung gefunden zu haben. Die Rasse, ihre Keinerhaltung, ihre Höherzüchtung ist das höchste Ziel dieser Weltanschauung. Man braucht sich als christliche Bewegung mit dieser Vergötterung der Rasse nicht auseinanderzusetzen. Einer Bewegung, die in der Seele des Menschen, eines jeden Menschen, in ihrer Entfaltung das höchste Menschengefühl sieht, ist der blinde Rassen glaube ebenso materialistisch, wie es der materialistische Entwicklungsglaube der marxistischen Weltanschauung ist. Wir kennen keine feilsche Minderbewertung dieser oder jener Rasse, kein Vorrangrecht irgendeiner Rasse. Wir kennen Kulturunterschiede, die auf diese oder jene äußere oder innere Veranlagung von Völkern zurückzuführen ist. Wir können diese materialistische Höher- oder Minderbewertung einzelner Rassen schon aus dem inneren Glaubensgesetz einer christlichen Arbeiterschaft nicht anerkennen. Auch die Arbeiterschaft hat man einst als Menschen niederen Rechtes, minderen Wertes stempeln wollen, weil sie körperliche Arbeit verrichtete und aus der Not ihres Lebens heraus nicht die Möglichkeit besaß, zu den Höhen der Kultur der Besitzenden aufzusteigen. Aus unserem unerschütterlichen Glauben an den Wert einer jeden unsterblichen Menschenseele heraus haben wir gegen diese Minderbewertung gekämpft und kämpfen wir heute noch. Es verziehe gegen unseren christlichen

Glauben, wollten wir nun in das Rassegeschrei von der Höherbewertung, von der Vergötterung der arischen Rasse einstimmen.

Wesentlich für die christliche Arbeiterschaft im Streit dieser radikalen Ideen ist einmal ihre weltanschauliche Orientierung. Wesentlich aber ist auch das Festhalten an der Idee des Volksstaates, der von den radikalen Ideengruppen Gefahr droht. Beide Richtungen verlangen nach einem Gewaltregiment, das die Würde freier Meinungsäußerung und ebenso freier Mitarbeit der Stände nicht mehr kennt. Und im Grunde wird jedes Gewaltregiment auf Kosten des wirtschaftlich Schwächeren geführt.

Im Mittelpunkt der Staatsidee der christlichen Arbeiterschaft steht der Mensch. Jeder Mensch, der fähig ist, aus seinen geistigen Gaben heraus mitzuarbeiten an und in der staatlichen Gemeinschaft. Auch in der Arbeiterschaft steht ein geistiger Wille, den Staat zur Heimat des ganzen Volkes zu machen. Auch in der Arbeiterschaft schlägt ein starkes Gefühl der Zusammengehörigkeit zu dem Volk, das die gleiche Zunge spricht, das Werke größten deutschen Könnens und Willens umschließt. Die Menschen, die sie schufen, kamen nicht nur aus den besitzenden Schichten, sie haben sich aus dem Kreis des Volkes sehr oft herausgearbeitet. Wie unwürdig war es vom Standpunkt christlicher Gerechtigkeit, christlichen Glaubens an die innerste Würde aller Menschen unseres Volkes, daß man 1914 die Söhne des Volkes zur Verteidigung von Volk und Staat rufen mußte, das in seiner großen Masse nie an der Gemeinschaft des Staates teilge-

nommen. Söhne, die nichts waren als Untertanen, als Masse für die im Staate Führenden. Es war unwürdig für die, die riefen, und für die, die gerufen wurden. Daß sie trotzdem kamen, daß die Arbeiterschaft für Land und Volk blutete, das bewies, wie stark trotz aller Ausgeschlossenheit das Zugehörigkeitsgefühl zum deutschen Volkstum in der Arbeiterschaft lebte. Seit diesem Blutbeweis haben sich die Tore des Staates für die Arbeiterschaft geöffnet. Zwar muß sie innerhalb des Staates immer noch kämpfen, daß dieser Staat nicht wieder zum Instrument der besitzenden Schichten wird. Aber eine geistig und politisch wache Arbeiterschaft läßt sich nicht mehr zum Mittel in der Wirtschaft herabwürdigen.

Geordnetes Volksleben ist nur in einer staatlich geordneten Gemeinschaft möglich. Darum legte der Schöpfer auch Trieb und Sinn für Gemeinschaft in die Menschenseele. Ebenso natürlich ist es aber auch, daß alle gleichberechtigt an der Gemeinschaft, auch der staatlichen, teilnehmen. Alle ihr dienen. Aber ebenso natürlich, daß diese staatliche Gemeinschaft allen dient. In dieser Natürlichkeit der Forderung, die aus der menschlichen Natur und ihrer Würde entspringt, liegt auch ihre Christlichkeit. Alles Christliche ist auch das der menschlichen Natur und der menschlichen Würde entsprechende.

In dieser natürlich-christlichen Auffassung vom Staat unterscheidet sich die christliche Arbeiterschaft von den gewalttätigen Staatsauffassungen der radikalen Gruppen unseres Volkes, die in ihrem Staat die menschliche Natur bergewaltigen wollen, indem sie ein einseitiges Klassenregiment aufrichten und ganze Volksguppen wiederum zu den Bergewaltigten herabwürdigen. Darum ist Wachheit und Aktivität geboten für alle, die eine aufrichtige reife Gemeinschaft des Volkes wollen.

### Die wertschaffende Arbeitslosenfürsorge versagt!

#### Brachliegende Gelder

Im Bericht der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung für 1929 wurde geklagt, daß die Methode der Mittfinanzierung der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge durch das Reich, infolge der Abhängigkeit vom Reichshaushalt (sowie dem der Länder) für Ausmaß und Zeitpunkt der Vorbereitung und Durchführung der Maßnahmen, nicht günstig sei. Infolge der Kürzung der Mittel für diesen Zweck wären die Gesamtergebnisse hinter dem, was nach der Entwicklung der Arbeitsmarktlage im Jahre 1929 als wünschenswert erscheinen mußte, zurückgeblieben.

Aus der Kürzung der Reichsmittel, so fährt der Bericht der Reichsanstalt fort, ergab sich infolgedessen die Notwendigkeit, von der Einleitung irgendwelcher neuer Maßnahmen fast vollständig abzusehen, ja, die im Gange befindlichen Maßnahmen nach Möglichkeit abzurosseln, um Haushaltsüberschreitungen zu vermeiden. Viele Träger mußten von sich aus dazu übergehen, begonnene Arbeiten einzuschränken oder einzustellen, da ihnen die in Aussicht gestellte Beihilfe zur Finanzierung nicht gegeben werden konnte. Die Schwierigkeiten, die hieraus den Trägern vielfach entstanden sind, sind auch heute noch nicht beseitigt, da neue Mittel vom Reich bisher noch nicht zur Verfügung gestellt worden sind. Diese Verhältnisse haben auch ihre Rückwirkung auf die Reichsanstalt gehabt und haben insbesondere dazu geführt, daß die im Haushalt für wertschaffende Arbeitslosenfürsorge ausgeworfenen Versicherungsmittel zum Teil nicht ansgenutzt worden sind, obwohl dies nach den arbeitsmarktpolitischen Verhältnissen erwünscht und nach den vorhandenen Arbeitsgelegenheiten an und für sich auch möglich gewesen wäre.

Danach gab es im Jahre 1929 mehr Arbeitsmöglichkeiten als ausgewiesen sind. Die Reichsanstalt hatte Mittel zur Finanzierung der Arbeiten. Sie konnte aber diese Mittel nicht anbringen, weil das Reich

seinerseits keine Mittel bewilligte. Die gleichzeitige Beteiligung von Reichsanstalt und Reich bei der Aufbringung der Mittel aber ist Vorbedingung der Inangriffnahme der meisten Arbeiten der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge! Kann man sich einen größeren Zustand denken, als daß Geld für wertschaffende Arbeit an einer Stelle bereit liegt und auf Anlage wartet und nur deshalb Arbeitslose nicht in Arbeit gebracht werden können, weil eine andere Stelle (das Reich nämlich) kein Geld hat! Der gesunde Menschenverstand sagt sich: So nehmt doch zunächst einmal das verfügbare Geld und schafft damit Arbeit! Aber nein, das geht nicht, weil Paragraphen und Zuständigkeiten das verhindern! Im Jahre 1930 ist es noch viel schlimmer geworden.

Das Reich will den Unsicherheitsfaktor der Arbeitslosenfürsorge nicht mehr im Etat haben. Deshalb die Bemühungen, den Reichsetat von allen Ausgaben für die Arbeitslosenversicherung und die Behebung der Arbeitslosigkeit zu entlasten. Für das Bemühen um die Bilanzierung des Reichsetats ist sicher im Volke weitgehendes Verständnis vorhanden. Andererseits wird jedoch nicht verstanden werden können, daß die Reichsregierung zugunsten der Arbeitslosenversicherung und der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge überhaupt keine Mittel mehr in den Reichsetat einlegen will. Ebenso wie es Pflicht des Volksganzen ist, für seine Kriegsbeschädigten, für die Witwen und Waisen der Kriegsgefallenen einzustehen, ist es Pflicht des Volksganzen, auch denen zu helfen, die von der furchtbaren Geißel der Arbeitslosigkeit betroffen sind.

Um die technischen Mängel zu beseitigen, wurde nach langen Vorbereitungen im August dieses Jahres die Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten A.-G. gegründet. Das Reich als alleiniger Aktionär stiftete die Gesellschaft mit einem Aktienkapital von 150 Millionen Mark aus und übernahm ihr die Rückläufe aus den bislang vom Reich gewährten Darlehen an Unternehmungen, die von der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge finanziert wur-

den, in Höhe von über 30 Millionen Mark jährlich. Dabei wurde nicht daran gedacht, diese Rückflüsse alljährlich wieder aufzuwenden für gleiche Zwecke. Vielmehr sollten sie dienen zur Tilgung und Verzinsung großer Kredite, die man zum Zwecke verstärkter Inangriffnahme produktiver Notstandsarbeiten aufnehmen wollte. Es war damals die Zeit der großen Arbeitsbeschaffungsprogramme. Die Arbeit lag geradezu auf der Straße. Und das Geld sollte die kreditwürdige Gesellschaft privaten Rechtes schon bei den gegebenen sicheren Unterlagen hereinbringen!

Wie aber ist, seitdem der Plan zur Gründung der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten A.-G.

irgendem katastrophenhaftes Ereignis über den Winter hinweg zu bringen. Das durch die zu langsam erfolgte Gründung der Gesellschaft Versäumte rächt sich vorerst noch an der wachsenden Zahl der Arbeitslosen.

So schlimm es auch sein mag, daß eine größere Anleihe nicht hereingeholt werden konnte zur Finanzierung großer gemeinnütziger Arbeiten — noch schlimmer ist die Tatsache, daß die verfügbaren künftigen Mittel für die wert-schaffende Arbeitslosenfürsorge zum erheblichsten Teil brach liegen geblieben sind.

Der Gesellschaft für öffentliche Arbeiten ist es ge-

folll und wer zur Aufbringung der Mittel mit herangezogen werden muß, von Belang, sondern auch die Frage, wer bei der Bewilligung der Mittel mit zu bestimmen hat. Ohne Zweifel hat sich das neue Verfahren noch nicht eingespielt, vielleicht hat es sich auch deshalb noch nicht einspielen können, weil diese oder jene Instanz ein Interesse daran hat, zu zeigen, daß es so nicht gehen kann. Kommt hinzu, daß das Reich alles in der Vergangenheit getan hat, um sein Leistungsvermögen darzulegen und der Weg von einer Instanz zur anderen, von der Planlegung über den Antrag bis zur Bewilligung der Mittel sehr weit und mit vielen Fragebogen gepflastert ist, so nimmt es erst recht kein Wunder, wenn der Gedanke der wert-schaffenden Arbeitslosenfürsorge an Zugkraft verloren hat.

Ange-sichts der wachsenden Zahl der Arbeitslosen, vor allem der Tatsache, daß Hunderttausende von Bauarbeitern aller Art, die in erster Linie für die wert-schaffende Arbeitslosenfürsorge in Frage kommen, dringend in Arbeit gebracht werden müssen, ist die schnellste Umstellung hier not. Den dar-benden Arbeitslosen ist es gleich, welche Stelle das Geld für die Arbeitsbeschaffung gibt, welche Instanz für zuständig erklärt wird. Sie fordern Arbeit und Brot. In ihrer Not sehlt ihnen jegliches Verständnis dafür, daß sie sich mit papierernen Arbeitsprogrammen ver-trösten sollen, während nicht einmal die für die wert-schaffende Arbeitslosenfürsorge ver-fügbaren Mittel ihrer Ausgabe zuge-führt werden.

### Angst vor dem Preisabbau

Die Rundgebung der gewerkschaftlichen Spitzenverbände ist der „Deutschen Bergwerkszeitung“, dem Blatt der Großindustrie, außerordentlich auf die Nerven gefallen. In ihrer Nr. 276 vom 26. November geht die „Bergwerkszeitung“ in einem längeren Leitartikel auf diese Rundgebung ein und betont, daß sie die Reichsregierung, als sie mit den Handelsverbänden in Berlin ihre Besprechungen bezüglich Preisfestung aufnahm, unterstützt hätte, weil sie der Ansicht wäre, daß der Handel, soweit das wirtschaftlich eben möglich und vertretbar sei, die Politik der Regierung zur Sentung der Gestehungskosten unterstützen muß und wird. Sie hätte aber auch gleichzeitig dabei betont, daß es sich bei der Einwirkung der Regierung auf die Handelskreise nur um die Einleitung einer freiwilligen Aktion handeln dürfe, die sich frei halten müsse von jeder Art der behördlichen Bevormundung und von jedem Anflug an eine öffentliche Zwangswirtschaft.

Der Weg, den nunmehr die Gewerkschaften einzuschlagen beginnen, sei jedenfalls gefährlich. Es sei das eine behördlich gebildete Zwangswirtschaft durch die gewerkschaftlichen Verbände und ihren genossenschaftlichen Anhang. Die Maßnahme, die von den Gewerkschaften ins Auge gefaßt sei, laufe auf nichts anderes hinaus als auf ein allgemeines Kesseltreiben auf die letzten Preise. Sie sei nichts anderes als die Einrichtung privater Preisprüfstellen. Dabei würde es sich sicherlich nicht nur um Erzeugnisse der Agrarwirtschaft, sondern auch um solche der Industrie handeln, deren Preise der demagogischen Kontrolle wirtschaftlich ungeschulter Massen ausgesetzt wären.

Die Gewerkschaften seien es gewesen, die die deutsche Arbeiterschaft und weite Kreise der deutschen Öffentlichkeit über die Lohn- und sozialpolitische Tragfähigkeit der deutschen Wirtschaft getäuscht hätten. Es sei darum das Vorgehen der Gewerkschaften im jetzigen Moment ein rein gewerkschaftliches Organisationsinteresse, um die Mitglieder vor den notwendigen Auswirkungen ihrer eigenen falschen Wirtschaftspolitik zu schützen. Die „Deutsche Bergwerkszeitung“ warnt die Regierung und sagt, daß es nicht der richtige Weg sei, eine behördlich mechanische Herabdrückung der Preise mit Unterstützung der Gewerkschaften herbeizuführen.

Das Vorgehen der „Bergwerkszeitung“ zeigt uns, daß die Spitzenorganisationen mit ihrem Aufruf zur Mithilfe den richtigen Weg gefunden haben. Es ist ganz selbstverständlich, daß es der „Bergwerkszeitung“ und ihren Hintermännern nicht paßt, wenn die gewerkschaftlichen Organisationen aus eigener Initiative heraus für die Interessen ihrer Mitglieder eintreten, wie dieses immer geschieht. Es paßt ihnen nicht, daß ihnen die Gewerkschaften doch nun wieder ins Handwerk pfeifen. Ein noch größerer Gehalts- und Lohnabbau ist ihnen schon recht, jedoch möchten sie die Preise nicht allzusehr heruntersetzen, damit ein um so größerer Gewinn in ihre Taschen fließt. Das ist deutlich erkennbar aus folgendem Satz, den die „Bergwerkszeitung“ in besagtem Artikel bringt. Sie schreibt: „Denn was ist der Sinn der schon von der sozialdemokratischen Regierung Müller als notwendig anerkannten Entlastung der Wirtschaft? Doch nur der, daß von der Differenz zwischen den Gestehungs- bzw. Einstandslosten einerseits und den Verkaufspreisen andererseits ein größerer Teil als bisher in-



Keine Arbeit und kein Brot  
Ruft der Arbeitslose Not:  
Gebt uns Arbeit!

Stärker wird der Ruf im ganzen!  
Es beraten die Instanzen,  
Schüttelein weise ihren Kopf:  
Uns wächst die Arbeit über'n Kopf!

Arbeit, die keine Arbeit schafft,  
Die Arbeit ist recht zweifelhaft.  
Behörde schwächt Autorität,  
Die hat zu handeln nur verät.

entstand, die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt gelauten? Mit welchem Erfolg ist es seitdem gelungen, Arbeitslose bei wert-schaffenden Notstandsarbeiten unterzubringen?

Die beigelegte Zahlenübersicht aus den beiden letzten Jahren sagt mehr wie alle Worte:

	1928/29		1929/30	
	Arbeits-suchende	Notstands-arbeiter	Arbeits-suchende	Notstands-arbeiter
Oktober . . .	1 307 690	54 789	1 627 439	48 404
November . . .	1 762 552	49 159	2 100 910	40 611
Dezember . . .	2 545 363	40 297	2 894 798	31 410
Jannar . . .	2 895 893	18 366	3 258 957	19 748
Februar . . .	3 115 868	4 636	3 407 696	20 480
März . . .	2 555 094	8 768	3 091 445	25 247
April . . .	1 835 475	66 973	2 840 070	31 404
Mai . . .	1 488 551	104 003	2 690 898	34 589
Juni . . .	1 382 999	103 375	2 696 083	34 389
Juli . . .	1 355 027	85 201	2 819 699	35 671
August . . .	1 359 677	69 632	2 938 274	33 108
September . . .	1 403 251	58 318	3 067 185	36 922
Oktober . . .			3 320 413	37 830
November . . .			3 558 506	

Die Zahl der in der wert-schaffenden Arbeitslosenfürsorge tätigen Personen betrug im Monatsdurchschnitt des Jahres 1928/29 55 293. Gemessen an der Zahl der Arbeitsuchenden sind das rund 29 Prozent. Im Jahre 1929/30 betrug die monatliche Durchschnittsziffer nur 36 637, gleich 1,2 Prozent der Arbeitsuchenden. Es erhöhte sich die Zahl der Arbeitsuchenden (im Monatsdurchschnitt) im letzten Jahre von 1 914 789 auf 2 795 956. Das ist eine Steigerung um über 45 Prozent. Die Zahl der beschäftigten Versicherten in der wert-schaffenden Arbeitslosenfürsorge aber ging im gleichen Zeitraum absolut um rund 43 Prozent zurück. Bei gleichwertiger wert-schaffender Arbeitslosenfürsorge hätte die Zahl der beschäftigten Notstandsarbeiter gleich der Zahl der Arbeitsuchenden um 45 Prozent steigen und sich auf über 80 000 erhöhen müssen.

Weniger Arbeitslose — weniger Notstandsarbeit — zweckmäßigere Gesellschaftsform — geringere Gesellschaftsleistung.

Das ist der „Erfolg“ der Umstellung des Reiches in der wert-schaffenden Arbeitslosenfürsorge und der Wirksamkeit der Gesellschaft für öffentliche Arbeiten!

Aus der großen Anleihe der Gesellschaft ist vorerst nichts geworden. Vielleicht deshalb nicht, weil die Bildung der Gesellschaft erst nach der Reichstagsauflösung erfolgt, und die deutsche Kreditwürdigkeit unter den politischen Verhältnissen bereits stark gelitten hatte. Der Ausgang der Reichstagswahlen hat die Kreditwürdigkeit Deutschlands ebenso wenig erhöht, wie die Klagekredite, die von der deutschen Industrie alljährlich zum „Erinnerwerden“ gezwungen werden. Bessers können sich die Ansichten für die Aufnahme und die Bedingungen einer großen Anleihe zum Zwecke wert-schaffender Arbeitslosenfürsorge wohl erst dann, wenn es der Reichsregierung gelungen ist, den Reichsetat zu balancieren und das deutsche Volk ohne

lungen, einen Kredit von 45 Millionen Mark von befreundeter Seite zu erhalten. Für die produktive Erwerbslosenfürsorge sind bislang aus diesen Mitteln noch keine 10 Mill. M. bewilligt. Die Gesellschaft wartet auf Anträge und bekommt angeblich solche nicht in genügender Anzahl und Höhe herein.

Man sucht nach den Gründen für diese Erschütterung. Auf einen Generalnerv lassen sie sich nicht bringen. Wohl aber ergibt sich eine Summe von Mängeln der verschiedensten Art. Die Gesellschaft selbst wartet auf Anträge und entfaltet anscheinend selbst nicht die genügende Initiative. Anträge anzuregen. An Arbeitsbeschaffungsprogrammen ist fürwahr kein Mangel. Könnte nicht erreicht werden, daß sich diese Programme zu Anträgen verdichten? Und wo Länder, Provinzen, Kreise, Gemeinden, genossenschaftliche Gesellschaften mit gemeinnützigen Aufträgen selbst nicht in der Lage sind, ihren Anteil zur Finanzierung von produktiven Arbeiten anzubringen, sollte da nicht auch ein Weg gefunden werden? Nicht darauf kommt es zunächst an, daß die benötigten Kapitalien anteilsgemäß aufgebracht werden, sondern darauf, daß sie überhaupt vorhanden sind und zur Minderung der Arbeitslosigkeit Verwendung finden.

Es ist kein Geheimnis, daß die Gründung der Gesellschaft für öffentliche Arbeiten bei den Länderregierungen keinen besonderen Anflug gefunden hat. Das Reich war allein Gründer, ist der alleinige Aktionär. Die Länder aber waren vor dem Inkrafttreten der Arbeitslosenversicherung die für die wert-schaffende Arbeitslosenfürsorge maßgeblichen Faktoren. Das Reich überwies ihnen Mittel, mit denen sie wirtschaften konnten. Dieser Zustand war einmal. Heute bestimmen die Organe der Arbeitslosenversicherung und des Reiches (durch die Gesellschaft für öffentliche Arbeiten) mit. Die Länder sind etwas an die Seite geschoben. Ist das ein Grund, nicht freudigen Herzens bei der Sache zu sein? Aus Rivaltäten der „Instanzen“ erwächst nichts Gutes. Zu überlegen wäre deshalb wohl, ob es nicht möglich wäre, die Länder in der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten gleichberechtigt mitwirken zu lassen.

Unhaltbar ist auf alle Fälle die Praxis von Ländern, den ihnen zugeordneten Anteil an den 45 Millionen Mark auf die Bezirke der unteren Verwaltungsbehörden umzulegen. Das führt zu einer Verflechtung der zur Verfügung stehenden Mittel. Mit den kleinen Mitteln können die Gemeinden und Kreise, die jetzt Jahren schon produktive Notstandsarbeiten ausgeführt haben, gar nichts anfangen. Was not tut, sind größere Arbeiten, deren Unternehmer in der Regel nicht einzelne Gemeinden und Kreise sein können.

Die stärkere Inangriffnahme gemeinnütziger Arbeiten mit den Mitteln der wert-schaffenden Arbeitslosenfürsorge wird sicherlich erschwert durch die Fragen der Zuständigkeit. Nicht nur ist die Frage, wer der Unternehmer größerer Arbeiten (die fast sehr oft über weite Gebiete erstrecken werden) sein

den Händen der Wirtschaft zur eigenen Verfügung zurückbleibt. Einen anderen Sinn kann doch füglichweise die Entlastung der Wirtschaft nicht haben.“ Mit anderen Worten: Die „Bergwerkszeitung“ und ihre Hintermänner aus der Großindustrie möchten das Einkommen der breiten Massen möglichst tief herunterdrücken und die Preise halbwegs hoch halten, um so ihren Gewinn immer mehr zu vergrößern.

Daran haben wir kein Interesse, und deswegen müssen Verbraucherschüsse die Preisbildung übermachen. Dann wird das Ziel: Gesunde Preise, um so eher erreicht.

### Brotpreis-Unterschiede

Der Lohn ist nicht schuld

Zur Förderung der Preislenkung in den Städten hat der Deutsche Städtetag in Zusammenarbeit mit der Reichsforschungsstelle für landwirtschaftliches Marktwesen beim Reichsernährungsministerium in einer Reihe von Städten des gesamten Reichsgebietes einen Nachrichtendienst über Preisspannen bei den wichtigsten Lebensmitteln eingerichtet.

Der Preis für das meistgekauftete Brot wurde nach dem Stande vom 3. Dezember durch die Preisabbauaktion in sehr verschiedenem Ausmaß gesenkt. Am größten ist die Senkung in Münster, wo ein Verbraucherauschuß erfolgreich arbeitet, mit 17 Prozent. Es folgen Koblenz mit 14 Prozent und Duisburg mit 12 Prozent Preislenkung. Düsseldorf hat 9, Berlin, Köln, München, Hagen 8 Prozent, Essen dagegen nur 2 Prozent Brotpreislenkung.

Soweit Preisüberhöhungen noch vorhanden sind, muß sich selbstverständlich die Bewegung mit Nachdruck fortsetzen. Es bestehen immerhin nach der Preisberichterstattung vom 3. Dezember noch auffallende Unterschiede in den Bruttoverdienstspannen der Brotproduzenten. Hier ist ein Ausgleich in Richtung der niedrigsten Kosten weiter anzustreben.

Der erheblichen Unterschied der Brotpreise und insbesondere auch der Bruttoverdienstspannen zeigt folgende Uebersicht:

Stadt	Preis je kg Brot		Stadt	Preis je kg Brot	
	Bruttoverdienstspanne	Bruttoverdienstspanne		Bruttoverdienstspanne	Bruttoverdienstspanne
Kassel	31,0	9,6	Königsberg	36,0	16,9
Frankfurt a. d. O.	30,0	10,1	Essen	42,0	17,6
Erfurt	32,5	10,7	Duisburg-Hamborn	44,0	19,4
Görlitz	30,0	11,6	Hagen	46,7	20,5
Dresden	34,0	12,3	Essen	46,0	21,4
Leipzig	34,0	13,0	München	46,0	21,7
Halle	34,7	14,1	Köln	46,7	21,8
Dorimund	38,0	15,0	Duisburg	46,0	22,5
Berlin	36,0	15,0	Koblenz	48,0	23,3
Hindenburg		15,0	Düsseldorf	48,0	23,7
Münster	40,0	16,6			

Zu den beträchtlichen Unterschieden zwischen den Bruttoverdienstspannen in der vorstehenden Uebersicht ist folgendes zu bemerken: Zwischen den Städten mit den niedrigsten Löhnen (dem wichtigsten Unkostenfaktor der Bruttoverdienstspanne) wie Hindenburg, Görlitz, Frankfurt a. d. Oder, und den Städten mit den höchsten Wäckerlöhnen, wie Leipzig, Köln und Berlin, könnten sich aus diesem Faktor kalkulationsmäßige Kostenunterschiede von 3-4 Pf. je Kilogramm Brot ergeben, bei den übrigen Städten naturgemäß weniger oder überhaupt keine. Der Gesamtunterschied aller Unkosten der Bruttoverdienstspanne könnte etwa 6 Pf. je Kilogramm Brot erreichen, aber nur in dem seltenen Falle einer Häufung extremer Bedingungen. Daß diese theoretisch errechenbaren Unterschiede in den Unkostenfaktoren der Bruttoverdienstspanne sich praktisch für die wirkliche Höhe der Spanne nicht auswirken, dafür ein sprechendes Beispiel: In Leipzig steht der größte Unkostenfaktor der Bruttoverdienstspanne, der Arbeitslohn, mit am höchsten in Deutschland. Trotzdem liegt die Bruttoverdienstspanne um ein Beträchtliches unter dem Durchschnitt. Die nominelle Lohnhöhe ist hier also nicht entscheidend. Aus diesem und anderen Beispielen aus der obigen Uebersicht zeigt sich deutlich, welche Möglichkeiten für eine Preislenkung beim Brot noch bestehen.

### Preislenkung in den Konsumgenossenschaften

Der Reichsverband deutscher Konsumvereine, Köln, hat eine Enquete angestellt, um über die Entwicklung der Preise in seinen Verbandsgenossenschaften einwandfreie Unterlagen zu erhalten. An der Erhebung beteiligten sich 41 Konsumgenossenschaften, die ihren Sitz teils in Großstädten und Mittelstädten, teils in ländlichen Orten haben. Es werden die Preise für 90 wichtige Gegenstände des täglichen Bedarfs vom 1. November 1929 erfaßt und den Preisen vom 1. November 1929 gegenübergestellt. Die Gesamtverkaufssumme der erfaßten Waren ist in diesem Zeitraum von 1905,23 RM auf 1641,04 RM gesunken. Diese Differenz stellt einen Preisabbau in den Konsumgenossenschaften von 13,9 Prozent dar.

### Am 27. Dezember 1930 ist der zweiundfünfzigste Wochenbeitrag für das Jahr 1930 fällig.

Im einzelnen hat die Preislenkung bei den verschiedenen Waren ein sehr verschiedenes Ausmaß. Während zum Beispiel weiße Bohnen um 31 Prozent billiger geworden sind, ist Schwarzbrot um 8,6 Prozent, Graubrot um 4,5 Prozent und Weizenbrot nur um 1,2 Prozent im Preise gesunken. Auszugsmehl ist dagegen um 3,6 Prozent gestiegen. Diese letzteren mehr oder minder stehengebliebenen Preise sind eine Folge der neuen Belastung mit Zöllen und Verbrauchssteuern.

Das Gesamtergebnis von 13,9 Prozent Preislenkung in einem Jahre darf aber nicht als eine allgemeine Senkung der Ernährungs- und Lebenshaltungskosten um diesen Prozentsatz ausgelegt werden, weil die Erhebung nicht von der wirklichen Lebenshaltung der Verbraucher ausgehen konnte. Die vorliegende Enquete will nur als Mittel zur Prüfung der Frage gelten, inwieweit die Forderungen nach Preisabbau wirtschaftlich begründet sind. Es sei daran erinnert, daß die Konsumgenossenschaften bei einer Reihe von Artikeln, so bei Brot, Fleisch und Fisch seit langem niedrigere Preise haben, als die von der Regierung geforderten. Schließlich ist bei den Konsumgenossenschaften als den eigenen Unternehmungen der Verbraucher zu bedenken, daß der Jahresabschluß eine endgültige Vereinerung der Handelsspanne bringt, indem die Erübrigung nach Maßgabe der Warenentnahme verteilt wird. Dadurch ergibt sich praktisch eine weitere Verbilligung von 5 Prozent im Reichsdurchschnitt.

### Rentengewährung an Gebrechliche

In der reichsgesetzlichen Unfall- und Invalidenversicherung werden den hinterbliebenen Kindern eines Versicherten unter bestimmten Voraussetzungen Waisenrenten gewährt. Es geschieht dies ohne weiteres bis zur Vollendung des 15. Lebensjahres, darüber hinaus höchstens aber bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres an solche Kinder, die sich in der Schul- oder Berufsausbildung befinden. Aber auch ohne Berufs- oder Schulausbildung kann über das 15. und 21. Lebensjahr hinaus eine Rentengewährung noch in Frage kommen, und zwar an solche Kinder, die infolge körperlicher oder geistiger Gebrechen außerstande sind, sich selbst zu erhalten.

Handelt es sich um ein verkrüppeltes Kind, das dieses Zustandes wegen überhaupt keinen Beruf ergreifen kann, so ist die Rentengewährung ohne weiteres gegeben. Es entsteht aber häufig in solchen Fällen Streit über die Gewährung einer Waisenrente, wenn die Gebrechlichkeit das hinterbliebene Kind nicht daran hindert, noch in gewissem Umfange Arbeiten zu verrichten und einen, wenn auch nur geringen Verdienst zu erzielen. Das Reichsversicherungsamt als höchste Spruchinstanz hat kürzlich zu dieser Frage grundsätzliche Stellung nehmen müssen. Es hat in seiner Entscheidung folgenden Grundatz aufgestellt: „Ein Gebrechlicher ist dann im Sinne der Reichsversicherungsordnung außerstande, sich selbst zu erhalten, wenn er, insbesondere nach der ärztlichen Beurteilung, seinen notwendigen Lebensbedarf nicht durch Arbeit zu verdienen vermag. Was zum notwendigen Lebensbedarf gehört, ist nach den Umständen des Einzelfalles zu beurteilen.“

Nach den Ausführungen des Reichsversicherungsamts ist allein entscheidend der gesundheitliche Zustand. Er der Zustand derart, daß die Verrichtung einer Erwerbstätigkeit mit der Gefahr einer alsbaldigen wesentlichen Verschlechterung des Leidens verbunden ist, so ist der Gebrechliche vom ärztlichen Standpunkt aus außerstande, sich selbst zu unterhalten. Gelegentliche Arbeitsleistungen, die auch für die Zeit ihrer Ausübung den notwendigen Lebensunterhalt sicherstellen, genügen nicht, es kommt hauptsächlich auf die ärztliche Beurteilung an, ob der Gebrechliche mit Rücksicht auf seinen Zustand auf die Dauer zu Arbeitsverrichtungen imstande ist.

Von wesentlicher Bedeutung ist die Frage, was unter dem notwendigen Lebensbedarf zu verstehen ist. Wenn dieser gesichert ist, wird eine Rente nicht gewährt. Das Gericht sagt, daß der notwendige Lebensbedarf nicht gleichbedeutend ist mit dem standesgemäßen Unterhalt oder dem notwendigen Unterhalt im Sinne des BGB., auch nicht mit dem notwendigen Lebensbedarf nach den Reichsgrundsätzen über Vorsorge, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge. In einfachen Lebensverhältnissen wird es genügen, daß durch die Arbeit der volle Unterhalt allein erzielt wird, ohne weiteren geldlichen Verdienst. Bei höheren Lebensverhältnissen würde aber der einfache Unterhalt als Verdienst nicht ausreichen, um vom notwendigen Lebensbedarf im Sinne der Reichsversicherungsordnung sprechen zu können.

Eine Rentengewährung an solche Gebrechliche kommt aber nur in Frage, wenn das Unvermögen, sich selbst zu erhalten, beim Tode des versicherten Eltern-

teiles bestanden hat oder — wenn das Kind erst danach das 15. Lebensjahr vollendet — spätestens an diesem Tage eingetreten ist.

### Immer wieder: Seid vorsichtig bei Unterschreiben von Ausgleichs-Quittungen

Trotz verschiedener Warnungen in der „Baugewerkschaft“ müssen wir immer wieder die Erfahrung machen, daß einzelne Kollegen bei der Entlassung irgendeine Quittung oder sonst eine Bescheinigung unterschreiben, in der Annahme, man unterschreibe nur, daß man seine Entlassungspapiere erhalten habe. Meistens ist auf diesen Bescheinigungen noch vermerkt, daß man durch seine Unterschrift erkläre, keinerlei Ansprüche mehr an die Firma zu haben.

Der erfahrene Gewerkschaftler weiß, daß man seine Entlassungspapiere auch ohne Unterschrift erhält, nötigenfalls geht man aufs Verbandsbüro, dann werden sie mit Hilfe des Arbeitsgerichts oder sonstiger gesetzlicher Instanzen beigebracht. Alles, was man unterschreibt, lese man vorher genau durch, denn später hilft nicht die Ausrede, daß man es gar nicht, oder nicht genau gelesen habe. Kamt oder will man eine Unterschrift aus irgendeinem Grunde nicht verweigern, denn sehe man wenigstens der Unterschrift klar und deutlich hinzu, „unter Vorbehalt“. Kollegen, beherzigen wir diese Warnungen, dann bleiben wir auch vor Schaden bewahrt!

Durch Lesen des Verbandsorgans, fleißigen Besammlungsbesuch und Teilnahme an den Kursen erhalten wir das Nützliche, um den juristischen Hilfestellen und Spitzfindigkeiten gewisser Arbeitgeber und ihrer Hintermänner begegnen zu können.

Johst-Kreuznach.

### Allgemeine Rundschau

#### Neue Baugeldzuteilung der Bauparkasse Gemeinschaft der Freunde

Die Arbeitslosigkeit nimmt einen immer größeren Umfang an. Eine Voraussetzung für die Besserung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse ist die Hebung des Baugewerbes als Schlüsselgewerbe. Die Bauparkassenbewegung verdient deshalb schon die weitestgehende Unterstützung, weil sie nicht nur eine Reform des Wohnwesens anstrebt und den Bau von Eigenheimen fördert, sondern auch durch den Anreiz von erheblichen Mitteln dem Baugewerbe Antriebs gibt und damit Wohnungen und Brot schafft. Die Bauparkasse Gemeinschaft der Freunde in Ludwigsburg (Württemberg) hat wieder trotz der schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse am 10. Dezember an 764 Bauparker 10 819 100 RM Baugeld zugeweiht. Insgesamt sind bis zum 10. Dezember 1930 an 10 898 Bauparker rund 164 Millionen Baugelder zugeweiht worden. Aus diesen Zahlen mag man die Bedeutung der Bauparkassen für unser Wirtschaftsleben ermessen. Mit der Gemeinschaft der Freunde hat die christlich-nationale Arbeiterbewegung ein Freundschaftsabkommen getroffen, und es steht zu erwarten, daß die Gemeinschaft der Freunde noch mehr als bisher zu leisten imstande ist.

#### Katholische Gesellenvereine und christliche Gewerkschaften

Wie das Verbandsorgan „Die Solidarität“ vom 15. Oktober 1930 berichtet, hat Generalsekretär Dr. Rattermann bei der Einweihung des neuen Kölner Heimes der katholischen Gesellenvereine folgendes ausgeführt:

„Die erste Sorge des Gesellenvereins muß sein, die Handwerksgejellen in ihrem Berufe weiter auszubilden, um ihnen die Möglichkeit zu geben, tüchtige Handwerksmeister zu werden. Aber dem größten Teil wird es nicht gelingen, sich eine selbständige Existenz zu schaffen, und das darf auch nicht sein. Würden wir darauf hinarbeiten, alle unsere Gesellen selbständig zu machen, so würden wir dadurch ein Meisterproletariat schaffen, was noch schlimmer wäre. Aber auch für die, die nicht selbständig werden können, muß gesorgt werden, und darum bejahren wir die Gewerkschaftsbewegung und sagen unseren Mitgliedern, sie gehören hinein in die christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung.“

#### Der preußische Handelsminister gegen Schwarzarbeit

Der preußische Minister für Handel und Gewerbe hatte, um den zahlreichen Klagen über die Schwarzarbeit im Handwerk und Kleingewerbe abzuhelfen, schon am 28. Februar 1929 die Regierungspräsidenten und den Polizeipräsidenten von Berlin darauf hingewiesen, daß eine Einschränkung der Schwarzarbeit erstrebt und zu diesem Zwecke auf die genaue Befolgung der durch die Gewerbeordnung vorgeschriebenen Anmeldepflicht hingewirkt werden müsse. Da die Klagen über Schwarzarbeit in letzter Zeit wieder stärker hervorgetreten sind, hat sich der Minister veranlaßt gesehen, den erwähnten Erlaß in Erinnerung zu bringen. Die beteiligten Behörden sind angewiesen worden, sich dabei mit den in Frage kommenden Wirtschaftskreisen (Arbeitgebern und Arbeitnehmern) in enger Fühlung zu halten.

Konsumwandlungen

In der Kriegs- und ersten Nachkriegszeit stand der Konsum der deutschen Bevölkerung auf einem enormen Tiefstande, quantitativ und qualitativ. Seit 1924 ist eine stete Konsumsteigerung zu beobachten, die lediglich zeigt, mit wie Wenigem doch die Haushaltungen der größeren Mehrzahl unserer Volksgenossen in der Kriegs- und ersten Nachkriegszeit auskommen mußten. Auch heute ist die Lebenshaltung der meisten deutschen Staatsbürger noch bescheiden und einfach zu nennen. Wie schlecht die Ernährungslage von 1924 war, zeigen etliche Zahlen der amtlichen Verbrauchstatistik: Seit der Stabilisierung unserer Mark hob sich der Fleischverbrauch um mehr als ein Drittel (1924 = 24 Millionen Doppelzentner, 1929 = 33,6 Millionen Doppelzentner), der Eierverbrauch ebenfalls um ein Drittel (1924 = 5,4 Milliarden Stück, 1929 = 8,0 Milliarden Stück), der Kaffeeverbrauch um mehr als das Doppelte (1924 = 0,6 Millionen Doppelzentner, 1929 = 1,5 Millionen Doppelzentner). Ebenso stieg auch der Konsum von Zucker, Tee, Tabak und Süßfrüchten (um mehr als die Hälfte). In Bier wurden 1925 = 46 Millionen Hektoliter getrunken, 1929 = 56,6 Millionen Hektoliter. Der Konsum an Trinkbranntwein ist leider um mehr als das Eineinhalbfache gestiegen (1924 = 0,34 Millionen Hektoliter, 1929 = 0,88 Millionen Hektoliter).

Die Zunahme des Verbrauchs zeigt in ihrer ungleichmäßigen Steigerung auch eine Veränderung der Beschäftigungsrichtung und der Ernährungsgewohnheiten unseres Volkes. So ist eine starke Verjüngung des Konsums von Roggenbrot zugunsten des Weizenbrotes festzustellen, ebenso werden Süßfrüchte immer stärker bevorzugt.

Naturngemäß wirken auch die Krisenzeiten auf den Konsum merklich ein. Besonders ist das in der Wechselwirkung von Fleisch- und Fischverbrauch festzustellen. In den Krisenjahren 1926 und 1929 sank die aufsteigende Kurve des Fleischverbrauches beträchtlich (von 29,7 Millionen Doppelzentnern im Jahre 1925 auf 28,5 Millionen Doppelzentnern im Jahre 1926, von 38,6 Millionen Doppelzentnern im Jahre 1928 auf 33 Millionen Doppelzentner im Jahre 1929), während der Fischverbrauch stark anstieg.

Bureaucratie in Versicherungsanstalten

Im Verfahren bei der Rentenberechnung und -auszahlung muß es sowohl bei der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte als auch bei den Landesversicherungsanstalten der Invalidenversicherung anscheinend erhebliche Mängel geben. Die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte braucht beispielsweise sechs Wochen und mehr, bis sie den Hinterbliebenen die ihnen zustehende Rente berechnet hat und schließlich auszahlt. Bei einer Landesversicherungsanstalt gibt es sogar Fälle, die seit Juni laufen und Anfang November noch nicht erledigt waren.

Bei der Festsetzung und Auszahlung der Rente bei den Landesversicherungsanstalten wird eingewendet, daß hier gründliche ärztliche Untersuchungen und Gutachten notwendig sind, ehe die Rente bewilligt und gezahlt werden kann. Trotzdem erscheint die Bearbeitungszeit für die meist bedürftigen Rentenberechtigten ebenfalls als viel zu lang. Bei der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte könnte die Rentenberechnung und -auszahlung bestimmt schneller vor sich gehen, besonders wenn die Unterlagen alle zur Stelle sind. Es handelt sich in diesen Fällen einfach darum, die Rente zu berechnen und ihre Auszahlung anzuweisen. Dazu sind in einem Versicherungsbetrieb, der nicht der Bureaucratie unterliegt, anheim gefallen ist, keine 1/2 oder zwei Monate notwendig! Die durch Krankheit und Tod des Ernährers meist völlig verarmten Hinterbliebenen, die keinerlei Zwischenzahlungen erhalten, müssen während der langen Zeit bei Verwandten oder Bekannten oder bei der Krankenpflege betteln gehen, was zwischen ihr Leben zu trüben. Die zuständigen Stellen sollten doch einmal den bürokratischen Gang in den Versicherungsanstalten nachprüfen, und zwar mit dem Ziele, den versicherten Angestellten und Angehörigen, insbesondere deren Witwen und Waisen, schneller als bisher zu ihrer Rente zu verhelfen.

F. Saltrisch

Die Zahl der Reichsbeamten

Gegenüber dem Vorjahr hat sich bei den Hoheitsverwaltungen die Zahl der Beamten um 1001, die der Angestellten um 1334 und die der Arbeiter um 229 verringert. Bei der Reichspost ist ein Mehr von 129 Beamten und 196 Angestellten und ein Weniger von 843 Arbeitern zu verzeichnen. Insgesamt beträgt die Zahl der Beamten der Hoheits- und Betriebsverwaltungen des Reiches 96880, die der Angestellten 26660 und die der Arbeiter 8660. Bei der Reichspost werden 21507 Beamte, 921 Angestellte und 49457 Arbeiter beschäftigt. Von den Beamten sind 39257 und von den Angestellten 4060 weiblich.

Arbeitslose Jugend

Nach den Veröffentlichungen und dem Material der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung beträgt die Zahl der jugendlichen Hauptunterstützungsempfänger bis zu 21 Jahren in der Arbeitslosenversicherung am 31. Oktober 1927 2384. Sie lag bis zum 1. Januar 1928 auf 13670. Im Jahre 1928 ging sie von dem Ausgangspunkt 12300 am 31. Januar auf 83600 im September zurück, um dann unter dem Einfluß des Winters weiter anzusteigen und im Januar 1929 mit 27000 den höchsten Stand für das Jahr 1929 überhaupt zu erreichen. Im Laufe des Jahres 1929 ging die Zahl um rund 10000 auf

100000 zurück. Dieser Stand wurde im Juli 1929 erreicht. Dann stieg die Zahl der jugendlichen Hauptunterstützungsempfänger sprunghaft wieder an, um mit 329000 im Februar 1930 den höchsten Punkt für den Winter 1929/30 zu erreichen. Während die Zahl noch im Vorjahre um 170000 zurückging, ist sie im Jahre 1930 um nur 100000 auf 220000, und zwar schon im Juni, zurückgegangen. Die letzte Ziffer für Ende Oktober 1930 betrug 24928. Zu diesen Zahlen sind noch die Jugendlichen der Krisenunterstützung hinzuzurechnen. Durch die verschiedentlichen Änderungen der Arbeitslosenversicherung durch die Notverordnung ist hier ein statistischer Vergleich nicht durchzuführen. Man darf insgesamt wohl mit 400000 erwerbslosen Jugendlichen unter 21 Jahren rechnen.

Aus dem Verbandsleben

Bremen. Die am 1. Dezember veranstaltete Versammlung brachte uns einen recht guten Besuch. Stand hoch auch die Ehrung unserer Jubilare Gustav Goretke und Friedrich Gahemeier, die schon 25 Jahre im Verband tätig sind, im Mittelpunkt des Abends. Als Redner nahm teil der Kollege Zumbrodt (Hannover) an Stelle des Kollegen Müller (Münster), der leider durch Krankheit verhindert war. Vorsitzender, Kollege Otto, begrüßte die Erschienenen. Kollege Zumbrodt sprach zunächst seine Freude aus, wieder einmal hier bei alten Freunden weilen zu dürfen; recht viele bekannte Gesichter aus dem Eichsfeld seien unter den Anwesenden, die er selbst in ihrer Heimat betreue. Er hob hervor, daß der wandernde Eichsfelder fast in allen deutschen Gebieten anerkanntswerte christlich-nationale Gewerkschaftsarbeit geleistet habe. Dann besprach er in kurzen Umrissen die in den letzten 25 Jahren geleistete Arbeit im Berufs- und Verbandsleben. Hier zeigte der Redner, wie die Jahre 1904, 1905 und bis heute hinein für die Gewerkschaftsmitglieder Kampf- und recht harte Zeit waren, die aber doch erforderlich gewesen seien zum Aufbau und Vorwärtstreiben unserer großen Ideen. Die Jugend sei den Vorkämpfern zu Dank verpflichtet und habe die hohe Aufgabe, im Gewerkschaftsgeist weiter zu arbeiten. In der jetzigen schweren Zeit sei festes Zusammenstehen größtes Gebot. Zum Schluß seiner Rede beglückwünschte Kollege Zumbrodt die beiden Jubilare im Namen des Hauptvorstandes und überreichte beiden die Verbandsnadel und die Ehrenurkunde. An Hand der Urkunde selbst zeigte er, daß das christliche und nationale Deutschland lebendiges Zeichen des echten Gewerkschaftlers sein müsse. Reicher Beifall dankte dem Redner. Ein warmerer Gemeinchaftsabend und ein dreifaches Hoch auf unsere Bewegung und die Jubilare zeigte unser Wollen zur Mitarbeit.

S. R.

Mustenfelde. Am 14. Dezember fand unsere Mitgliederversammlung in Rohrberg statt. Dieselbe war besucht aus den Orten Mustenfelde, Rohrberg, Freienhagen und Schachtelbich. Der Vorsitzende, Kollege Sprengel, begrüßte alle Kollegen, besonders den Kollegen Bucherpfennig (Duderstadt), der als Verbandsangestellter des Eichsfeldes erstmalig bei uns weilte. Kollege Bucherpfennig hielt einen lehrreichen Vortrag über das Gewerkschaftsleben, dann über die Notverordnungen und die Veränderungen in der Krankenversicherung und der Arbeitslosen- und Krisenfürsorge. Dieses wurde in der Diskussion, in der viele Kollegen ihre Ansichten und Wünsche äußerten, noch erläutert. Zum Schluß erwähnte der Vorsitzende nochmals alle, fest zu unserem Verband zu stehen, trotz der schweren Not, die gerade auf uns Eichsfelder Bauarbeitern laftet; wir hoffen auf eine bessere Zukunft. Auch wolle alle Kollegen, die hier versammelt waren, wieder eine rege Vorbereitung für unseren Verband auf den Bau- und Zimmerplätzen aufnehmen. Eine Einheit, das ist der Wunsch der Versammlung.

R. Spr.

Von den Arbeitsstellen

Der Brief eines Verärgerten

In Nr. 50 des „Grundstein“ ist ein Brief veröffentlicht worden, den der bei uns organisierte Mattenleger Albert Bok, Hochum, Könsgr. 11, an den Hochgruppenobmann des Deutschen Baugewerksbundes, Franz Reuter in Essen, gerichtet hat. Letzterer, der jedenfalls wußte, was von dem Geschriebenen zu halten war, handigte uns den Brief persönlich aus und legte uns nahe, die in dem Briefe gemachten Angaben nachzuprüfen. Wir haben uns über diese Handlung des Kollegen Reuter sehr gefreut, weil wir annahmen, daß er mit uns ein Interesse daran hätte, daß eventuelle Mißstände oder Tarifvertragsverletzungen so schnell wie möglich beseitigt würden. In unserer größten Bewunderung müssen wir aber feststellen, daß wir uns doch getäuscht haben, denn Kollege Reuter hat veranlaßt oder doch zugelassen, daß der Brief im „Grundstein“ veröffentlicht wurde. Aus welchem Grunde dies geschehen ist, ist uns nicht recht klar. Jedenfalls will man damit doch nicht zum Ausdruck bringen, daß nur Mitglieder unseres Verbandes dazu fähig seien, ihre Beschwerden an Vertreter eines anderen Verbandes zu richten. Auch Kollege Reuter wird wissen, daß es wiederholt vorgekommen ist, daß Mitglieder des Baugewerksbundes sich mit ihren Beschwerden und Anklagen gegen ihre Verbandskollegen und Angestellte an die Vertreter des christlichen Bauarbeiterverbandes gewandt haben. Wir haben solche Schreiben oder Berichte, die doch

größtenteils aus Verärgerung geschrieben werden und mit der Wahrheit meistens im Widerspruch stehen, bisher immer richtig eingeschätzt und sie dahin gemorfen, wohin sie gehören. Wir möchten auch in Zukunft an diesem Grundsatze festhalten. Wenn man aber auf der Gegenseite es anders wünscht, nun, dann kann es geschehen. Im Interesse der Bauarbeiter und speziell der Mattenleger wird dieses aber sicher nicht liegen.

Der „Grundstein“ bemerkt einleitend zu dem Briefe, er spreche für sich selbst. Dazu möchten wir bemerken, daß die Angaben, die in dem Briefe gemacht worden sind, größtenteils unrichtig, unklar und entstellt sind und daß der ganze Brief nur vor Mißgunst und Neid diktiert worden ist. In der gleichen Nr. 50 des „Grundstein“ wird in beinahe drei Spalten unter der Überschrift „Der Brief eines Unzufriedenen“ ein Angehöriger des Baugewerksbundes zurechtgestellt. Das dort Gesagte ist — soweit die persönliche Seite in Frage kommt — auch auf diesen Fall anzuwenden.

Bücherschau

Romane, Erzählungen, Gedichte, Bilderbücher usw.

- Selma Lagerlöf: Göta Berling. Der meistgelesene Roman der mit unerhöchlicher Phantasie und Sprachgewalt begabten schwedischen Dichterin. 384 Seiten. (Preis 1,90 RM.)
Selma Lagerlöf: Jerusalem. I. In Dalarna. II. In Jerusalem. Der Roman einer schwedischen Bauernfamilie. Vollständige Ausgabe. 466 Seiten. (Preis 1,90 RM.)
H. Auerbach: Dorfjähle. Eine der schönsten Dorfgeschichten. 242 Seiten. (Preis 1,90 RM.)
John Gabberton: Selens Kinderchen und Anderer Rente Kinder. Eine geschichtliche Darstellung jugendlicher Erlebnisse und Charaktere. Für Eltern eine anregende Lektüre. (Preis 1,90 RM.)
Gottfr. Keller: Der grüne Heinrich. Keller, der bedeutendste Dichter der Schweiz, ist ein Erzähler von Gottes Gnaden. Dieser Erziehungsroman gilt als sein bestes Werk. Nur für gereifte, erfahrene Leser. 388 Seiten. (Preis 2,85 RM.)
Knut Hamsun: Das letzte Kapitel. Dieser Abenteuerroman zählt zu den besten Werken des Dichters. (Preis 2,85 RM.)
Theodor Fontane: Vor dem Sturm. Roman aus dem Winter 1812/13. (Preis 2,85 RM.)
Conrad Ferdinand Meyer. Sämtliche Werke. 2 Bände. Insgesamt 1668 Seiten. (Je 2,85 RM.)

Christlicher Gewerkschaftsverlag, Berlin-Wilmersdorf. Postfachkonto: Berlin 422 29.

Sterbetafel

Am 9. November starb unser treuer Kollege August Nowak im ehrenvollen Alter von 75 Jahren.
Bewaltungsstelle Deutsch-Russisch.
Ehre seinem Andenken!

Wepa
Fabrik f. Arbeitsanzüge
sämtlicher Berufs-
Spez. Blaue Maschinen-
bau- sowie Maurer- u.
Manchester-Anzüge
Wilhelm Fahr, Berlin
N 41, Brunnenstraße 78

In 3 Tagen
Nichtraucher.
Auskauf kostenlos!
Santitas-Depot.
Halle a. S. 292 P.

Kollegen,
lest den
„Deutschen“

Roman Grealich
Beitragsmarken
BERLIN NO 43.
Gollnowstraße 12.

Echte Hientong-Essenz
extra starke
(Destillat) 1000fach bewahrt. 12 Fl. Dtz 4.—
bei 30 Flaschen Rf 10.— franko.
Laborat. E. Walther, Halle-Trotha 100

Schenkt
VALIEN
Gesundheitspfeife
Dr. Perl
Schont Herz und Lunge
3.150. 6.-
Schutzmarke

Der nächste siebenwöchige Sonderkurs im
Bermessen und Nivellieren
verbunden mit Unterricht im Rechnen,
Deutsch und Geschichtsstunde, Schmwesen,
Gesellschaftslehre usw. beginnt am 6. Januar.
Reiterschule
für Hoch-, Tief- und Straßenbau. Detmold,
Palaisstraße 2 / Lehrplan frei!

Möbel-Kammerling
Berlin, Kastanienallee 66
Speisez., Schlafz., Her-
renz., Küch., Rieseausw.,
Spottpreis, Zahlungsorfl.

Hamburger Teakholz-Wasserwagen aus altem Schiffbaumholz

Marke „Teakin“
cm 30 40 50 60 70 75 80 90 100
RM. 2.40 2.70 3.— 3.30 3.60 3.80 4.— 4.25 4.50
Kaufen Sie in Wasserwagen nur erstklassige Ausführung.
Sehen Sie auf Qualität und nicht auf billige Preis-
angebote und Geschenke
Preisliste über Berufskleidung und Werkzeuge gratis
Direkt ab Fabrik an den Verbraucher nur durch
Fritz Ulrich, Altona/Elbe 10, Gustavstr. 58/60